

Jürgen Eckl

Internationale Gewerkschaftspolitik und soziale Globalisierung

Über Jahrzehnte prägte eine Vielzahl von Organisationen die internationale Gewerkschaftsbewegung. Mit dem Zusammenschluss der größten Organisationen 2004 wurde der Grundstein für eine soziale Dimension der Globalisierung gelegt. Auch wenn erste Erfolge sichtbar sind, ist die Aufgabe der Integration nicht abgeschlossen.

Jürgen Eckl

(* 1943), Sozialwissenschaftler, war von 1986 bis 2008 Referatsleiter für internationale Gewerkschaftspolitik beim Bundesvorstand des DGB und arbeitete von 1988 bis 1993 als Gewerkschaftskordinator der Friedrich-Ebert-Stiftung für Lateinamerika.
juergen.eckl@dgb.de



Der 1913 von europäischen nationalen Verbänden gegründete Internationale Gewerkschaftsbund (IGB) hatte zwar den Ersten Weltkrieg überlebt, löste sich aber nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 auf. Danach war das Bild der internationalen Gewerkschaftspolitik durch eine Vielzahl verschiedener Organisationen geprägt. Neben dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) mit starkem Einfluss der sowjetischen Gewerkschaften und dem 1949 in London gegründeten Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) – mit starker Betonung auf »frei« – existierte etwas abseits der ideologischen Schlachtfelder seit 1920 auch eine Internationale Christliche Gewerkschaftsbewegung, die 1968 in die Gründung des Weltverbandes der Arbeit (WVA) mündete. Darüber hinaus wurde 1973 der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) gegründet, der stets seine Eigenständigkeit betonte und sich geografisch an der Europäischen Gemeinschaft/Union – unter Einschluss von Anwärtern auf eine

künftige Mitgliedschaft in der EU – ausrichtete, so dass Gewerkschaften aus verschiedenen Lagern im EGB zusammengeführt wurden.

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion verschwand der WGB als politischer Wettbewerber in der historischen Versenkung. Damit endeten zugleich die fortlaufenden ideologischen Auseinandersetzungen mit den staatlich gelenkten Gewerkschaften und machten den Weg frei zu einer weitgehend geeinten Gewerkschaftsbewegung in allen Teilen der Welt.

Neue Bündnisse

Auf seinem 18. Weltkongress im Dezember 2004 im japanischen Miyazaki beschloss der IBFG, der mit 236 Mitgliedsorganisationen in 154 Ländern und einem Gesamtmitgliederstand von 156 Millionen die bis heute größte Sozialorganisation der Welt bildet, denn auch einstimmig die Gründung eines neuen internationalen Gewerkschaftsbundes gemeinsam mit dem 20 Millionen Mitglieder zählenden WVA, der nach der Wende zwar weiterhin auf seine Unabhängigkeit bedacht war, aber zunehmend Allianzen und Kooperationsformen mit dem IBFG einging. Nicht zuletzt die Zusammenarbeit der Mitglieder im EGB aus beiden Organisationen schuf die notwen-

dige Vertrauensbasis für den Zusammenschluss. Für Mitglieder ohne nationale Konkurrenten wie den Deutschen Gewerkschaftsbund bestand der Mehrwert dieser Neugründung vor allem darin, dass mit diesem Vereinigungsbeschluss die ausdrückliche Einladung an unabhängige, demokratische und repräsentative Gewerkschaftsdachverbände verbunden wurde, sich an diesem Prozess und an der Gründung des wieder entstehenden Internationalen Gewerkschaftsbundes IGB zu beteiligen.

Diesen ersten Schritt unternahmen am 1. November 2006 in Wien 308 Dachverbände aus 155 Ländern mit zusammen 168 Millionen Mitgliedern mit der Gründung des Internationalen Gewerkschaftsbundes IGB. Diesem gehörten als Gründungsmitglieder auch nationale Verbände an, die bisher keinem Weltverband angehörten, wie z.B. die CUT (Kolumbien), die CTA (Argentinien), die CGT (Frankreich), die OPZZ (Polen) und GEFONT aus Nepal. Gerade an diesen Neumitgliedern wird beispielhaft deutlich, welcher Paradigmenwechsel sich in den traditionellen internationalen Gewerkschaftsstrukturen vollzogen hat, welche Jahrzehnte alten Alleinvertretungsansprüche von etablierten Dachverbänden überwunden worden sind. Die Satzung beschreibt den neuen Bund als »geeinte und pluralistische Organisation, die demokratischen, unabhängigen und repräsentativen Gewerkschaftsdachverbänden offen steht und die deren Autonomie und die Vielfalt ihrer Inspirationsquellen und ihrer organisatorischen Formen respektiert«.

Ein halbes Jahrhundert der internationalen Gewerkschaftsarbeit im Kalten Krieg hat im IBFG wesentlich zum pluralistischen, oft auch sozialdemokratisch-sozialistischen Profil vieler Gewerkschaften in der Welt beigetragen. In den letzten Jahrzehnten ist es auch gelungen, neue und unabhängige Gewerkschaftsbewegungen, die sich nicht ins Schema des Ost-West-Konfliktes einordnen ließen, an die alte und

neue Gewerkschaftsinternationale heranzuführen; selbst unter traditionell starkem kommunistischen Einfluss stehende Gewerkschaften, ob in West- und Südeuropa, ob in Brasilien, in Chile, in Südafrika oder anderswo, konnten auf diesem Weg mitgenommen werden. Nicht zuletzt wurde die sich nach dem Zerfall des sowjetischen Systems auffächernde Gewerkschaftslandschaft in Mittel- und Osteuropa weitgehend in den IBFG und zum kleineren Teil auch in den WVA integriert.

Für eine soziale Globalisierung

Gewerkschaften erfahren in der Globalisierung, dass soziale Normen, die national und auch international zum verbrieften Standard zu gehören schienen, weltweit in Frage gestellt werden. Was für wirtschaftliche und technische Standards gilt, muss gleichermaßen auch für soziale Standards erst wieder erwirkt werden: die Beachtung völkerrechtlich verbindlicher Normen, wie sie in den Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation IAO festgelegt worden sind. Mit ihrer Forderung nach der Verankerung von Kernarbeitsnormen in internationalen Handelsverträgen beziehen sich die Gewerkschaften auf folgende elementare Menschenrechtskonventionen:

- Verbot der Zwangsarbeit (Übereinkommen 29 und 105);
- Schutz der Vereinigungsfreiheit (Übereinkommen 87) und des Rechts auf Kollektivverhandlungen (Übereinkommen 98);
- Verbot der Kinderarbeit (Übereinkommen 138 und 182);
- Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (Übereinkommen 111) und der Anspruch auf Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte für gleichwertige Arbeit (Übereinkommen 100).

Diese acht Konventionen, mittlerweile von 130 bis 162 Mitgliedsstaaten der IAO

ratifiziert, bilden das Minimum bindender Regeln für die globale Wirtschaft. Mit der Erklärung der IAO zu den grundlegenden Prinzipien und Rechten in der Arbeit, die auf der Jahreskonferenz 1998 einstimmig von Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgebern verabschiedet wurde, erhielt die IAO ein grundsätzliches Mandat, das Verhalten der Mitgliedsstaaten bei der Respektierung der sozialen Grundrechte zu überwachen – in allen Staaten, auch wenn sie die betreffenden Übereinkommen nicht ratifiziert haben.

Das seit 1999 in der IAO schrittweise entwickelte Konzept der menschenwürdigen Arbeit für alle als globales Ziel umfasst eine Agenda von vier strategischen Feldern: 1. Kernarbeitsnormen; 2. Beschäftigungspolitik; 3. Soziale Sicherheit; 4. Sozialer Dialog.

Der integrierende Ansatz der Agenda der menschenwürdigen Arbeit der IAO erfordert einen kohärenten Abstimmungsprozess mit den anderen Institutionen des internationalen Systems. Das gelingt leicht in den entwicklungs-, gesundheits- und umweltpolitischen Organisationen der Vereinten Nationen, die in der dreigliedrigen Verfassung der IAO (Regierungen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer) eine grundsätzlich erhöhte demokratische Legitimation sehen.

Durch die konstitutive Rolle des IGB innerhalb der IAO sind die Gewerkschaften bereits Teil des Internationalen Systems. Ihre beratende Funktion in der EU und der OECD, in den sich herausbildenden regionalen Integrationsprozessen in Lateinamerika, Afrika und Asien werden sie dazu nutzen, weiter an der sozialen Dimension der Globalisierung zu arbeiten und der herrschenden Globalisierung das Ungleichgewicht zwischen wirtschaftlichen Interessen und sozialen Zielen auszutreiben.

Lediglich die Welthandelsorganisation WTO bedürfte für die Einrichtung eines gemeinsamen konsultativen Forums mit

der IAO nach den Worten ihres Generaldirektors Pascal Lamy des politischen Anstoßes durch wichtige Mitglieder, d.h. nationale Regierungen, um den überfälligen institutionellen Dialog in Gang zu setzen.

Für die internationale Gewerkschaftsbewegung eröffnet sich in der Fortsetzung ihres Vereinigungsprozesses in den nächsten Jahren ein immer größerer Spielraum, die Widersprüche in der Globalisierung, die Legitimationskrise ihrer Institutionen auszunutzen. Beim G8-Gipfeltreffen in Heiligendamm ist zumindest verbal die Einsicht gereift, dass der Globalisierung eine soziale Dimension beigelegt werden müsse, weil ihr sonst ihre Schöne Neue Welt um die Ohren fliegen könnte. Dennoch bleibt die Stärkung der IAO und die Arbeit der Gewerkschaften in der IAO auch in den nächsten Jahren der zentrale Hebel bei der sozialen Gestaltung der Globalisierung. Bei aller Kritik am gelegentlich schwerfälligen Gebaren der IAO darf eines nicht vergessen werden: eine Weltorganisation mit dreiteiliger Verfassung und maßgeblicher Mitbestimmung der Gewerkschaften, als die sie 1919 unter dem Eindruck des Ersten Weltkrieges in Genf gegründet worden ist, käme in der heutigen Weltlage unter keinen Umständen mehr zustande.

Die Schranken im Kopf müssen überwunden werden

Die Chancen stehen gut, dass in wenigen Jahren das angestrebte gemeinsame Forum von IAO und Welthandelsorganisation eingerichtet werden kann, um die Beachtung sozialer Standards im Welthandelsregime zu gewährleisten. Die Expertise der IAO könnte eine soziale Folgeabschätzung handelspolitischer Maßnahmen leisten, die auch in den Streitschlichtungsverfahren der WTO berücksichtigt werden müsste.

Bestand die Internationale Gewerkschaftsarbeit des DGB und der dafür von ihm mit einem entsprechenden Mandat

versehenen Friedrich-Ebert-Stiftung vor Ort bisher in der Förderung der Mitglieder in der IBFG-Familie und der neuen und unabhängigen Gewerkschaften linker Prägung, so verlangt die erfolgreiche Weiterführung des internationalen gewerkschaftlichen Vereinigungsprozesses die Öffnung der Kooperation gegenüber anderen Gewerkschaftstraditionen, denen man bisher eher fremd, wenn nicht gar feindlich gegenüberstand. Grenzüberschreitendes Handeln wird und muss auch in der neuen Internationalen Gewerkschaftsbewegung immer wieder angestrebt und eingefordert werden, wird aber nur insoweit auch geleistet, wie die nationalen Schranken im Kopf dem nicht entgegenstehen. Auch wenn Sachzwänge eine interessengeleitete Einsicht eigentlich befördern müssten, bedarf es erst eines gewissen Leidensdrucks, bis die Herausforderungen der Globalisierung nicht nur in den Köpfen angekommen

sind, sondern im Idealfall das eigene Handeln beflügeln.

Der Vereinigung und Neugründung der internationalen Gewerkschaftsbewegung, diesem ehrgeizigen Projekt stehen jetzt die Mühsale der Ebene bevor, Kritik und Stress werden den internationalen Gewerkschaftsorganisationen ebenso wenig erspart bleiben wie den nationalen Bündeln. Ihre Fehler und Schwächen, die Schwerfälligkeit ihrer Organisation wie die Umständlichkeit ihrer Entscheidungsfindung, ihr seltsam ritualisiertes Innenleben wie ihre oft holzschnittartige Außendarstellung nerven leicht den Zeitgeist, der seine Zuflucht dann eher im spontanen Gewimmel von Nichtregierungsorganisationen gleich welcher Provenienz und Konsistenz sucht – nur die Menschen, die von ihrer Arbeit leben müssen, haben für sich bis jetzt nichts Besseres als Gewerkschaften erfunden.

Barbara Adamowsky

Wunderwaffe Bürokratieabbau?

Bürokratie wird oft nur mit Geldverschwendung und Gängelung der Bürger gleichgesetzt. Sollte nicht stattdessen die gesellschaftliche Bedeutung funktionierender Bürokratie hervorgehoben werden? Denn diese ist notwendig, etwa um die Umsetzung politisch getroffener Entscheidungen zu garantieren. Zudem zeigen aktuelle Studien, dass Bürokratie Unternehmen nicht so stark belastet, wie oft behauptet wird, und dass erhoffte Einsparungen nicht zwingend zu mehr Arbeitsplätzen führen.

Seit Jahren vergeht kaum ein Tag, an dem nicht die Segenswirkungen von Bürokratieabbau gepriesen werden. Das reicht von den notorischen Wortmeldungen aus Union und FDP bis zur Gehirnwäsche der »Bertelsmänner« und Initiatoren der »Neuen Sozialen Marktwirtschaft«. Es wird so getan, als wäre Bürokratieabbau die Lösung für die vielen Struktur- und Organisationsprobleme der deutschen und europäischen Wirtschaft. Der Ende 2007 zum Vorsitzenden der *High Level Group*



Barbara Adamowsky

(* 1972) ist Politikwissenschaftlerin und Referatsleiterin im Bereich Gesellschaftspolitik und Grundsatzfragen im DGB-Bundesvorstand, Berlin.

barbara.adamowsky@dgb.de

der Brüsseler Kommission gekürte Edmund Stoiber setzt auf »Mut zur Lücke« und den »Abschied von der Vorstellung,